

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKE sowie die Einzelmandatsträger der SO! und FDP bitten im Rahmen der Ratssitzung am 18.12.2025 um Beratung und Beschlussfassung des folgenden Antrags.

### Beschlussvorschlag

**Der Rat der Stadt Soest möge beschließen:**

1. **Die Verwaltung wird beauftragt**, die *„Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege“* sowie die *„Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich“* auf Grundlage der bestehenden KiTa-Satzung zu harmonisieren und den Fachausschüssen und dem Rat einen entsprechenden Satzungsentwurf zur Beratung vorzulegen.

Ziel der Harmonisierung ist insbesondere:

- die Beibehaltung der Einkommensfreigrenze von 43.000 € gemäß KiTa-Satzung und Prüfung ihrer Anhebung auf 45.000 €,
  - die Einrichtung weiterer Einkommensstufen im oberen Einkommensbereich (bis 120.000 € Jahreseinkommen und mehr), für eine gerechtere Beteiligung höherer Einkommen an den Betreuungskosten,
  - die Beitragsfreistellung ab dem ersten Geschwisterkind – unabhängig davon, ob das Kind ein Angebot einer Kindertageseinrichtung oder der Offenen Ganztagschule besucht,
  - die Herstellung einer einheitlichen und nachvollziehbaren Beitragsstruktur für alle Betreuungsangebote.
2. **Die Verwaltung wird beauftragt**, unter Einbeziehung geeigneter Staffelungsmodelle die finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt zu prüfen und den Ausschüssen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind insbesondere darzustellen:
    - prognostizierte Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen gegenüber dem Status quo,
    - Anzahl der betroffenen Familien je Einkommensstufe auf Basis der aktuellen Betreuungszahlen,
    - durchschnittliche Be- bzw. Entlastung je Einkommensgruppe,
    - Empfehlungen zur möglichst haushaltsneutralen Ausgestaltung.
  3. **Die Verwaltung wird gebeten**, im Rahmen der Prüfung die rechtlichen Möglichkeiten aus dem Runderlass des Ministeriums vom 27.03.2024 (*„Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“*) zu berücksichtigen.
  4. Die Neufassung der Satzungen soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt, zum Beispiel zum 01.02.2026, spätestens aber zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2026/2027 in Kraft treten.

## Begründung

Derzeit bestehen in der Stadt Soest zwei unterschiedliche Beitragssatzungen für Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege (Stand 2023) und für die Offene Ganztagsschule (Stand 2016). Diese unterscheiden sich in Struktur, Einkommensstaffelung, Obergrenzen und Aktualität. Die fehlende Systematik führt zu Intransparenz und teils erheblichen Ungerechtigkeiten für Familien.

Die Harmonisierung beider Satzungen ist erforderlich, um:

- **einheitliche und nachvollziehbare Rahmenbedingungen** für alle Betreuungsangebote zu schaffen,
- **Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen wirksam zu entlasten,**
- **eine angemessenere Beteiligung höherer Einkommen zu ermöglichen,**
- die Vorgaben des ab August 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder frühzeitig strukturell vorzubereiten.

Zur Sicherstellung einer sozialen Ausgewogenheit wird mindestens die aktuell geltende Einkommensfreigrenze von **43.000 € Jahreseinkommen aus der Kita-Satzung** als Basis für die Neustrukturierung festgelegt. Damit wird verhindert, dass Familien mit geringem Einkommen schlechter gestellt werden.

Gleichzeitig soll die Beitragsstaffelung nach oben erweitert werden. Insbesondere durch die Einführung zusätzlicher Einkommensstufen **bis 120.000 € Jahreseinkommen und mehr** wird eine gerechtere Kostenbeteiligung leistungsfähiger Familien ermöglicht. Auf diese Weise kann die soziale Balance gewahrt werden, ohne den städtischen Haushalt unverhältnismäßig zu belasten.

Die endgültige Ausgestaltung soll im Rahmen der Haushaltsprüfung durch die Verwaltung konkretisiert und den Fachausschüssen und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden. Dabei ist eine möglichst haushaltsneutrale Umsetzung anzustreben.

**Soest, den 02.12.2026**

*Fraktion der SPD*

*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

*Fraktion der LINKEN*

*Michael Burges für die FDP*

*Sven Sladek für die SO!*